

Esther Waeber-Kalbermatten, Staatsratspräsidentin,
Chefin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur

Neujahrsansprache 2019

Montag 7. Januar 2019, 11h00, Kunstmuseum, Sitten

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Liebe Walliserinnen und Walliser
geschätzte Bevölkerung unseres Kantons,**

**Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der
zivilen, religiösen, juristischen und militärischen
Behörden.**

Liebe Kollegen,

Liebe Gäste

Werte Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Meine Damen und Herren

Es ist für mich eine Ehre, Ihnen und der gesamten Walliser Bevölkerung im Namen des Staatsrats und in meinem persönlichen Namen die besten Wünsche zum Jahreswechsel zu überbringen.

Von Herzen wünscht Ihnen die Walliser Regierung für das neue Jahr Gesundheit, Glück, Geborgenheit, Freude, Zufriedenheit und gutes Gelingen mit allem, dass Sie in Angriff nehmen und dass Ihnen wichtig ist im Leben.

Aus national-politischer Sicht ist das vergangene Jahr für das Wallis ausserordentlich erfolgreich zu Ende gegangen.

Ende November durften wir zum 4. Mal in der Geschichte der Eidgenossenschaft in der Person von Ständerat Jean-René Fournier den neuen Ständeratspräsidenten empfangen.

Nur eine Woche später wurde Nationalrätin Viola Amherd im ersten Wahlgang in den Bundesrat gewählt. Frau Bundesrätin Amherd ist damit ebenfalls die 4. Persönlichkeit unseres Kantons, die seit 1815 in die Landesregierung gewählt wurde.

Die Freude im ganzen Kanton ist gross. Wir sind stolz auf die ehrenvolle Anerkennung ihrer politischen Arbeit.

Wir haben das Privileg, in einem sicheren und freien Land zu leben, in dem der Volkswille geachtet wird und jede und jeder frei seine Meinung äussern kann und darf.

Wir leben auch in einem Land, in dem man stets gemeinsam nach dem bestmöglichen Weg sucht und Minderheiten einbezieht. Dies ist eine Stärke der Schweiz und bringt uns grosses Ansehen. Denn in keinem anderen Land der Welt hat das Volk bei allen wichtigen

Entscheidungen das letzte Wort. Wir haben das Privileg in einer Demokratie zu leben.

Demokratien basieren auf verbindlichen und allgemeingültigen Regeln und Normen, auf einem Mehrparteiensystem und tolerieren keine Gewalt. Zudem gilt die freie Meinungsäusserung.

Allerdings haben auch Demokratien ihre Schwächen und sind derzeit in mehreren Ländern von autoritären und populistischen Übergriffen bedroht. Auch die politische Entwicklung in den USA ist mit Besorgnis zu verfolgen.

Die Zunahme von autoritären Tendenzen drückt sich darin aus, dass bürgerliche Freiheiten, zum Beispiel die Pressefreiheit, eingeschränkt oder gar abgeschafft oder auch Personen dazu ermutigt werden, Gewalt auszuüben.

Dies stimmt traurig und besorgt.

Sie als Zivilgesellschaft sowie Fachpersonen aus Wirtschaft und Forschung, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, können diesen Entwicklungen gegensteuern. Sicher ist, die Politik, also wir, müssen künftige Entwicklungen ermöglichen, aber auch die Bedürfnisse, Erwartungen und Ängste der Bevölkerung wahrnehmen.

Die Geschichte belegt, dass die Schweiz und unser Kanton immer den gangbaren Weg gesucht und in der Zusammenarbeit den Erfolg gefunden haben. Die föderalistische Struktur der Schweiz, und die Konsensfindung waren dabei entscheidende Faktoren.

Schweizer Geschichte ist eine Geschichte des Zusammenhalts, aber auch der Öffnung und der Solidarität. Wir können beispielsweise stolz sein auf die

sozialen Errungenschaften unseres Landes, wie die finanzielle Absicherung bei Krankheit, Unfall und im Alter.

Diese Solidarität untereinander gerät jedoch immer wieder ins Wanken.

So sind die finanzstarken Kantone nicht mehr bereit, im bisherigen Rahmen die Zahlungen an die finanzschwachen Kantone zu leisten. Als Folge erhält der Kanton Wallis künftig weniger aus dem interkantonalen Finanzausgleich.

Ein weiteres Beispiel ist die geregelte Abgeltung der Wasserkraft-Nutzung – die sogenannten Wasserzinsen –, eine unserer wichtigsten Einnahmen. Die mehrheitlich ausserkantonalen Besitzer der Kraftwerke möchten diese abhängig vom liberalisierten Markt entschädigen.

Die Herausforderungen für unseren Kanton in den kommenden Jahren sind gross und breit gefächert. Deshalb hat der Staatsrat Anfang 2018 ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Darauf basierend hat er vor kurzem mit der Agenda 2030 eine Strategie für die nachhaltige Entwicklung unseres Kantons festgelegt.

Damit dass Wallis eine Vorbildfunktion in Sachen Nachhaltigkeit im Alpenraum einnimmt, sind die gesteckten Ziele für Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft hoch. Beispielsweise sollen Sicherheit und Lebensqualität gewährleistet, einheimische und erneuerbare Energie-Ressourcen genutzt und auch die Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation vertieft werden.

Ein strategisches Führungsgremium wird mit der Umsetzung der Agenda 2030 betraut. Dieses besteht aus Vertretern des Präsidiums des Staatsrats, der fünf

Departemente und wird begleitet von der Stiftung für die nachhaltige Entwicklung der Bergregionen.

Die Richtung der Politik weist weit in die Zukunft. Jedes einzelne Projekt braucht dabei die Unterstützung der gesamten Bevölkerung. Deshalb danke ich all jenen, die sich engagieren, sozial und solidarisch zeigen und das Wohlergehen der Schwächsten in unserer Gesellschaft in den Vordergrund stellen.

In diesem Sinn wünsche ich der gesamten Walliser Bevölkerung, dass Sie als Gesellschaft weiterhin aktiv an der Politik teilnehmen und dass wir, Politiker und Politikerinnen, die Sorgen und Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen.

Auch wünsche ich uns allen für die Zukunft den Mut, neue, innovative Wege zu gehen, um so unsere Ziele zu erreichen.